Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss
An den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (zur Kenntnis)
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)
An den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung (zur Kenntnis)

Nr. 1525/2016
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Hannoversche Wohnungsbauoffensive 2016 – Vereinbarung zur Intensivierung des Wohnungsneubaus und Schaffung von gefördertem Wohnraum in der Landeshauptstadt Hannover für die Jahre 2016-2020

Antrag,
der Vereinbarung (siehe Anlage) zur Hannoverschen Wohnungsbauoffensive 2016 zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Intensivierung des Wohnungsneubaus als Ziel der Vereinbarung in der Anlage soll den Wohnungsmarkt in der Landeshauptstadt Hannover entlasten und dient damit gleichermaßen allen Geschlechtern.

Kostentabelle
Die in der Vereinbarung zur Intensivierung des Wohnungsneubaus genannten Finanzmittel entsprechen Programmen, die durch den Rat der Landeshauptstadt Hannover beschlossen wurden (Wohnraumförderprogramm, 500plus).

Begründung des Antrages
Die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Hannover wächst. In den letzten 10 Jahren (1.1.2006 bis 31.12.2015) stieg die Zahl der EinwohnerInnen um ca. 30.000 an. Damit wächst auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, während der Wohnungsbau dieser Nachfrage bisher noch deutlich hinterherhinkt. Seit 2011 wird dieser Trend zusätzlich verstärkt durch die Herausforderung der Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration. Hannover benötigt dringend zusätzlichen Wohnraum. Nur dadurch kann das Angebot in den benötigten preiswerten Wohnungsmarktsegmenten erhöht und der Anstieg der Mieten gemildert werden.

Mit der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive 2016 hat sich die Landeshauptstadt Hannover daher mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen in der Region Hannover, den wohnungswirtschaftlichen Verbänden vdw Niedersachsen und Bremen e.V., BFW Niedersachsen Bremen e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften in der Region Hannover vereinbart, in gemeinsamer Anstrengung den Wohnungsbau in der Stadt zu steigern. Bis 2020 sollen jährlich durchschnittlich 1.000 Wohnungen gebaut werden. Davon sollen mindestens 25% geförderter Wohnraum sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Partner der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive 2016 sich seit Oktober 2015 in intensiver und konstruktiver Diskussion auf die Eckpunkte in der angehängten Vereinbarung verständigt und diese am 6. Juni 2016 paraphiert, damit sie den politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Die Vereinbarung entspricht in ihren Inhalten den geltenden Beschlusslagen im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Sofern sich ein Änderungsbedarf an textlichen Passagen der Vereinbarung ergibt, etwa durch Änderungen von Rechtsbestimmungen oder durch Beschlüsse des Rates der LHH oder andere wichtige Gründe, wird eine Fortschreibung der Vereinbarung zwischen den Partnern abgestimmt und den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Dez. VI
Hannover / 02.08.2016